

den vollen Preis zahlen, weil sie sich nicht als IV-Bezüger outen möchten.

Evalotta Samuelsson, Präsidentin des Schleudertraumaverbands, weist darauf hin, dass die Quote der Betrugsfälle – je nach Studie – bei einem bis zehn Prozent liegt. Diese Fälle würden medial aufgebauscht. «Mindestens 90 Prozent fordern ihre Leistungen zu Recht; doch sie kommen wegen der Kampagne gegen IV-Bezüger nicht mehr zu ihren Leistungen; sie werden geächtet und von Nachbarn diffamiert. Damit spüren Betroffene die Folgen der Stigmatisierung direkt», sagt Samuelsson.

Im Visier der IV-Revision 6a (vgl. Artikel unten) sind Patienten mit

gern gelte die Devise «Nur nicht auf fallen, sonst werde ich auch überwacht», sagt eine Frau, die sich in einem Behindertenverband engagiert und ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will. Sie bezeichnet die Fotos, die beweisen sollen, dass jemand unrechtmässig Leistungen der IV bezieht, als «jenseits von Gut und Böse». Häufig handle es sich um Momentaufnahmen, die über den Leidensdruck einer Person nichts aussagen könnten. Trotzdem schränken sich IV-Bezüger ein: «Aus Angst vor Beobachtung durch IV-Deaktive verzichten viele bewusst auf gewisse Tätigkeiten wie beispielsweise Gartenarbeit», berichtet die anonyme IV-Bezügerin.



SCHLEUDERTRAUMA Die laufende IV-Revision will Krankheiten, die sich nicht so leicht objektivieren lassen, generell aus dem Leistungskatalog ausschliessen. (GÄRTAN BALLY / KEYSTONE)

geworfen. Und letztlich bieten all die Wiedereingliederungsmassnahmen auch Chancen auf ein besseres, selbständigeres Leben. Sofern die Behörden den Bedürfnissen und Fähigkeiten der IV-Rentner gerecht werden und sie nicht in vorgefertigte Schablonen zu pressen versuchen.

Mehr als alle anderen in der Pflicht stehen nun aber die Arbeitgeber. Viel zu lange wurden schwache Angestellte auf dem Weg des geringsten Widerstands in die IV abgeschoben. Dieses Verhalten ist mit ein Grund für den derzeit grossen Reformbedarf. Jetzt müssen die Arbeitgeber beweisen, dass sie tatsächlich an einer gesunden Invaliditätsversicherung interessiert sind und die Verantwortung nicht einfach dem Staat zuschieben wollen. Der Bundesrat hat mit diversen Unterstützungsmassnahmen den Weg dazu gebahnt. Ausreden gibt es deshalb keine mehr.

beat.rechtsteiner@azag.ch

Tausende IV-Renten sollen gestrichen werden

SP-Ständerätin Anita Fetz nennt die Zielvorgabe «sportlich», SVP-Ratskollege Alex Kuprecht «ehrgeizig». 16 800 bisherige IV-Rentner sollen bis 2018 in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Betroffen davon sind vor allem Menschen mit körperlich nicht erklärbar Schmerzenstörungen. Ihnen will man den Übergang in die Arbeitswelt mit einer umfassenden Betreuung und finanziellern Entgegenkommen erleichtern. Das ist der Kern des ersten Teils der sechsten IV-Revision, den der Ständerat gestern als Erstrat mit 24,3 Stimmen angenommen hat. Das

gesamte Massnahmenpaket soll langfristig Einsparungen von einer halben Milliarde Franken pro Jahr bringen und so mitelfen, die finanziell kranke Invalidenversicherung zu stabilisieren. Und das ist dringend nötig, denn allein bis Ende 2010 wird der Schuldenberg der Versicherung auf 15,5 Milliarden anwachsen – und das auf Kosten der AHV, die diese Last trägt. Ob sich das Sparziel tatsächlich erreichen lässt, hängt in erster Linie vom Willen der Arbeitgeber ab, bisherigen IV-Rentnern einen Job zu geben. Ihnen kommt die Vorlage entgegen, in dem

sie finanzielle Zuschüsse und kostenlose Arbeitsversuche anbietet. Dennoch zweifeln vor allem linke Politiker und Behindertenverbände daran, dass die Arbeitgeber mitmachen. Sie verweisen dabei auf bisherige Integrationsversuche, die sich nicht in grossem Stil haben realisieren lassen. Die Vorgabe des Ständerats, die den Vorstellungen des Bundesrats entspricht, sei «wirklichkeitsfremd» und «illusorisch», urteilt die Dachorganisation der privaten Behindertenhilfe DOK. Dennoch ist laut der SP-Dossierverantwortlichen Silvia Schenker ein Referen-

dem unwahrscheinlich. Zum einen, weil die Vorlage auch die Einführung eines Assistenzbeitrages vorsieht und damit eine langjährige Forderung der Behindertenverbände aufnimmt. Mit diesem Beitrag sollen Behinderte Hilfe in Anspruch nehmen können, um zu Hause und selbstbestimmt leben zu können. Zum anderen sollen die Kräfte gebündelt werden: Man stellt sich darauf ein, dass der zweite Teil der sechsten IV-Revision noch einschneidendere Massnahmen bringen wird und ein Referendum dann eher zu bewältigen wäre. (BRZ)

Jeder Achte war im Spital

Mehr Patienten, kürzere Spitalaufenthalte

In der Schweiz steigt der Anteil der Bevölkerung, die in einem Spital behandelt wird, stetig an. Im Jahr 2008 war jede achte Person in der Schweiz mindestens einmal in Spitalbehandlung. Dafür sinkt die durchschnittliche Dauer der Spitalaufenthalte. Dies belegt die Publikation «Spitalaufenthalte 2008» des Bundesamtes für Statistik. 2008 traten demnach 938 000 Personen in ein Spital ein. Ein Viertel davon, vorwiegend ältere Personen, wurde mehrfach stationär behandelt.

2008 wurden von 1000 Einwohnern im Schnitt 163,7 hospitalisiert. Diese Hospitalisierungsrate ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Dafür bleiben die Patienten weniger lang im Spital: 2002 blieben sie (Akut- und Chronischkranke) im Schnitt 11,3 Tage im Spital, 2008 waren es 9,9 Tage. (SDA)

Von wegen «befristeter» Fonds

Zum zweiten Mal seit 20 Jahren führt das Parlament den Fonds Landschaft Schweiz weiter

Obwohl der Fonds 1991 ursprünglich befristet ins Leben gerufen wurde, will ihn das Parlament jetzt für zehn Jahre weiterführen. Die Verlängerung eines befristeten Projekts ist kein Einzelfall. Nicht selten werden aus Provisorien verbindliche Gesetze.

MARTIN RUPE

Nach dem Ständerat sprach sich gestern nun auch der Nationalrat deutlich mit 127 zu 34 Stimmen für die Weiterführung des Fonds Landschaft Schweiz (FLS) aus. Entgegen dem Willen des Bundesrats verlängert das Parlament die Laufzeit des Fonds bis 2021 und statet ihn mit weiteren 50 Millionen Franken aus.

Ins Leben gerufen wurde der Fonds 1991 anlässlich der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft. Der damals auf zehn Jahre ausgerichtete und mit 50 Millionen Franken dotierte Fonds wurde um die Jahrtausendwende um 10 Jahre verlängert und mit weiteren 50 Millionen Franken gespeist. Ziel des FLS ist die Erhaltung und Pflege von naturnahen Kul-

turlandschaften. Seit der Gründung flossen Gelder in 1400 Projekte.

FLS-Präsident Marc F. Suter zeigte sich über den gestrigen Entscheid hoch erfreut: «Ich interpretiere das Resultat als klaren Vertrauensbeweis.» Ginge es nach Suter, sollte der Fonds in definitives Recht überführt werden. «Bei der Einführung 1991 war der Fonds nur deshalb befristet, weil man zuerst schauen wollte, ob er sich bewähre», so Suter. «Das ist nun ganz offensichtlich der Fall.»

Autobahnvignette war provisorisch

Die Chancen stehen nicht schlecht, dass Suters Wunsch dereinst in Erfüllung geht. Denn nicht selten mündete ein ursprünglich befristetes Provisorium in ein neues Gesetz oder gar in einen Verfassungsartikel. An Beispielen mangelte es nicht:

- **Direkte Bundessteuer:** Aus der ursprünglichen Wehrsteuer zur Finanzierung der Kriegslasten entstand die immer neu befristete direkte Bundessteuer (befristet bis 2020)
- **Autobahnvignette:** 1984 stimmte das

Volk der Einführung der Autobahnvignette wohl nur deshalb zu, weil sie für zehn Jahre eingeführt werden sollte. Doch die Vignette wurde nicht etwa abgeschafft, sondern wurde definitiv und gleichzeitig deutlich teurer.

- **Schwerverkehrsabgabe:** Auch diese wurde 1984 nur provisorisch eingeführt und betrug damals 4500 Franken. Zehn Jahre später wurde sie ebenfalls auf 6000 Franken pro Fahrzeug heraufgesetzt. 1998 wurde sie dann endgültig durch die leistungsabhängige Besteuerung der Strassentransporte ersetzt, welche dem Bund jährlich über eine Milliarde Franken in die Kasse spült.

- **Private Lokalradios:** Diese begannen Anfang der 80er-Jahre ihre Programme auf der Basis von «begleiteten Versuchsbetrieben» auszustrahlen. Später wurden sie bewilligt, weil sie sich in den Regionen etabliert hatten.

Die Beispiele zeigen, dass die Chancen für den Fonds auf ein unbefristetes Dasein nicht schlecht stehen. Dies entgegen dem Willen der SVP, die gegen die Verlängerung des Fonds gestimmt hat.

Nachrichten

Adoption für Homosexuelle

Homosexuelle Paare sollen in der Schweiz gemeinsam Kinder adoptieren können. Und Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren sollen gleiche Rechte haben wie Kinder von Ehepaaren. Eine Petition mit 19 380 Unterschriften verlangt eine bessere Stellung dieser Familien. Hinter der am Dienstag eingereichten Bittschrift an den Bundesrat und das Parlament steht das Komitee Familienschancen. Der Verein wird von Schwulen- und Lesbenorganisationen mitgetragen. (SDA)

Glarus Verdacht auf Wahlbetrug

Bei den Glarner Parlamentswahlen Ende Mai besteht bei je einem Kandidaten der SVP und der SP im Wahlkreis Glarus Nord Verdacht auf systematische Wahlbeeinflussung. Nach Eingang einer Beschwerde stellte das Wahlbüro eine überdurchschnittliche Zahl von Zusatzstimmen in Glarus Nord fest. (SDA)